

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Hauptanschrift: Tagesblatt Rieser.
Gesamr. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Melken

Postkonton: Dresden 1534
Stroße Rieser Nr. 22.

Nr. 141.

Donnerstag, 19. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Neulagezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Ermäßigung bei Abnahme von 1000 Zeilen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weidestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Vorsicht und Einigkeit!

Zu Herrlots Programmrede.

Herr Lot. Der neue französische Ministerpräsident hat trotz seiner Schwärmerei für Offenheit und Ehrlichkeit doch nicht so klar gesprochen, daß seine Erklärungen gerade über die wichtigsten, nämlich die außenpolitischen Fragen, als unabweisbar anerkannt werden könnten. In der sozialistischen Presse Frankreichs wird das zugesehen und getadelt; und wenn die deutsche Reichspresse zum Teil scharfe Töne gegen Herr Lot anschlägt, weil er Poincarés Sicherungen ausbeutet, so weiß man noch nicht, ob das ernst gemeint ist oder ob nur dem neuen Mann noch größere Rücksicht auf die nationalpolitische Opposition beibracht werden soll, als er sie offenbar schon aus eigenem Entschluß walten läßt. Es wird in der Tat so gut wie alles darauf ankommen, welchen Sinn Herr Lot selbst seinen mehrdeutigen Worten geben wird. Hierbei mag erwähnt werden, daß ein so unterschiedener Nationalist, wie der General v. Cramon in der „Kreuzzeitung“, auch die Ernennung Poincarés zum französischen Kriegsminister nicht vollkommen ablehnend, sondern fast ironisch behandelt. Er meint, Poincaré werde Material und Beweise liefern, so wie Herr Lot es verlangt; möge er nach links, dann sei es leicht, die Harmlosigkeit der deutschen Sport- und Jugendvereine zu beweisen, wolle er aber nach rechts, dann werde der General Poincaré auch das Gegenteil erhärten.

Diese Art des vorsichtigen Abwartens scheint auch der ganzen Politik Herrlots gegenüber durchaus geraten zu sein. Mit einer gewissen Befriedigung kann man feststellen, daß tatsächlich in der großen deutschen Presse, so verschieden auch die Töne der Erwiderungen klingen, doch soweit beinahe Einigkeit herrscht, als die französische Regierungserklärung nicht für ausreichend erklärt wird, um uns zu beruhigen. Die Forderung nach der Entlassung aller deutscher Gefangenen, nach der Räumung auch der „Brückköpfe“, nach der Nichterfüllung in innerdeutsche Verhältnisse findet man in der Linkspresse ebenso wie in der Rechtspresse. Nur das diese sehr viel spezifischer als jene der Frage gegenübersteht, ob Herr Lot wirklich in verständlichem Grade vorgehen will und wird. Die Erinnerungen an Wilsons Föderalismus, die leider gelangen, tauchen von selbst auf. Ist es richtig, daß Herr Lot auf denselben Pfaden wandeln, daß er die Politik Poincarés nur kläger fortsetzen will, um Frankreich aus seiner Isolierung herauszubringen und Deutschland zu isolieren?

Niemand weiß das bislang genau. Umso mehr haben wir die doppelte Pflicht: vorsichtig zu bleiben gegenüber den Versprechungen und Zurückhaltung zu üben in unserem eigenen Auftreten, damit man uns nicht isolieren kann! Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn gerade jetzt die deutschen Parteien wegen der Auslegung der Herrlot-Rede sich untereinander in die Haare geraten. Kühn schreibt die „Germania“ nach Paris: „Für könnt den Demokraten hier nicht mit Sympathieerklärungen, sondern nur mit Erfolgen für Deutschland helfen.“ Und die „Zeit“, das Organ Dr. Stresemanns, erkennt ebenfalls nur mit Reserve den Umbruch in Frankreich an, fordert die Deutschen zum einigen Zusammenhalten auf und gibt den Franzosen zu verstehen, daß es bei ihnen liegt, die lebenswichtige nationale Bewegung in Deutschland zu beruhigen. Warten wir den Erfolg ab!

Völkerbundsarbeit.

Das Völkerbundsproblem wird uns in der internationalen Diskussion der letzten Wochen und Tage wieder nahe gerückt. Sowohl MacDonald wie auch Herrlot versuchen, diesen durch das Versäufeltes Diktat geschaffenen und von der Mehrheit in Deutschland sichtlich nicht mit Unrecht voller Mißtrauen angelegenen Apparat eine wesentliche Rolle in ihren politischen Schachzügen zuzuwenden. Der Verlauf der soeben berendeten Sitzung des Völkerbundsrates ist wiederum für Deutschland nicht gerade vertrauens-erweckend gewesen. Eine Selbstironisierung bedeutete die Stellungnahme der in Genf vertretenen Mächte zur Abrüstungsfrage. Jeder lud den anderen mit höflicher Handbewegung ein, doch freundlich voranzugehen, dann werde man leben, was sich machen ließe. Die Sicherungsfrage wird immer noch so aufgefaßt, als gälte es die gesamte in Waffen stehende Welt gegen das wehrlose und kraftlose, gedemütigt am Boden liegende deutsche Volk zu schützen.

Besonders wenig rühmlich ist die Stellungnahme des Völkerbunds des Völkern gegenüber. Völkern kümmert sich grundsätzlich nicht um Völkerbundsentscheidungen und sonstwie vertraglich eingegangene Verpflichtungen. Die amtlichen Vertreter Völkens verhöhnen und bedrohen die Herren in Genf. Man hält es trotzdem für richtig, die polnische Regierung war in mild vernehmenden Worten höflich auf ihre Ungeschicklichkeit hinzuweisen, nirgendwo aber zeigt sich ein entschlossenes Wille, nötigenfalls mit Machtanwendung den gefährlichen Versuch der Völkern zu erzwingen. Geradezu völkerbundsfeindlich ist die Entschlieung in den deutsch-polnischen Streitfragen, in denen es heißt, daß man von der polnischen Regierung eine Nachprüfung ihrer Haltung erwarte und daß man nicht daran zweifle, daß die polnische Regierung begangene Fehler wieder gutmachen werde. Darüber lachen sämtliche Führer zwischen Wilna und Krakau, so laut, daß der Staub aus den Genfer Verräcken fliegt.

In der Saarfrage hat man den französischen Völkerbunds-her dieser Kolonie weicher Menschen ebenfalls eine sanftere Rüge erteilt, weil er gar zu sehr sich der Methode des Senegals bedient hat und seine Mitregenten in verschiedenen Fällen garnicht um Rat gefragt hat. Es muß sich noch sehr viel ändern zu Füßen des Mont Blancs, ehe Deutschland seine Ansicht über diese Paradeschöpfung der Ehemaligen Wilson und Clemenceau ändert.

Ein deutscher Führer beim Völkerbund.

Berlin. Reichsarbeitsminister Dr. Braun ist in Genf eingetroffen und hat bereits in Besprechungen mit dem englischen Delegierten beim Völkerbund, Lord Parmoor, und dem Generalsekretär beim Völkerbund, Jähling, genommen. Damit behandelte also Deutschland die erste Absicht, der unabweislichen Aufforderung MacDonalds und Herrlots Folge zu leisten, ein Gesandtes um Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu richten. Aber es gibt noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden, ehe der offizielle Schritt von deutscher Seite getan werden kann. Zunächst einmal stellen sich innerpolitisch dem Gedanken des Eintritts starke Widerstände entgegen. Während Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten für das Gesuch eintreten, neigen die Reichsparteien der Auffassung zu, daß man erst in Verhandlungen mit den Regierungen der Entente darüber eintriften müsse, wie man sich dort zu der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stellt, ob mit dem Eintritt die neuerliche Anerkennung des Vertrages von Versailles verbunden ist und anderes mehr. Besonders auf deutscher Seite betont man, daß es nicht genügt, wenn die Ruhrgefangenen freigesetzt und die Selbstständigkeit des Reiches an Rhein und Ruhr wieder hergestellt werde. Man müsse Sicherheiten haben, daß neue Ueberfälle und Sanktionen von Seiten der Ententemächte ausgeschlossen sind. Man könne sich nicht damit begnügen, daß die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet wieder in ihre Rechte zurückkehrt, die Befähigung, die unrichtig gemacht werden soll, müsse unter allen Umständen völlig aus dem besetzten Gebiet verschwinden. Aber auch die deutsche Regierung will sich die Hände durch einen vorläufigen Eintritt in den Völkerbund nicht binden lassen. Die Regierung verkennt keineswegs ihre Verantwortlichkeit und Verantwortung dem deutschen Volk gegenüber, sie möchte nicht in die Lage kommen, bei einem Scheitern der Verhandlungen über das Gutachten sich einem neuen Diktat beugen zu müssen. Sie wird also bei der neuen Abstimmung in Genf vor allem versuchen, Garantien hinsichtlich der Sicherung Deutschlands in die Wege zu leiten, und es ist wahrscheinlich, daß man mit dem Aufnahmegesuch solange warten wird, bis die Verhandlungen mit den Alliierten über das Sachverständigen-Gutachten die Berechtigung geben, an ein Einvernehmen und eine Verständigung mit England und Frankreich in der Reparationsfrage zu glauben.

Die Umwandlung der Reichsbahnen.

Forderungen der Eisenbahner. Angesichts der gegenwärtig in Berlin schwebenden Verhandlungen über die Umwandlung der deutschen Reichsbahnen in eine Aktiengesellschaft unter Kontrolle des Auslandes haben die Reichsbahnarbeiter Deutscher Eisenbahnerbund und der Deutsche Eisenbahnerverband der Reichsbahnarbeiter Forderungen überreicht, um eine Sicherung des Berufsstandes zu erlangen. Im wesentlichen wird verlangt, daß die Beamten der deutschen Reichsbahn auch nach der Uebernahme in den Dienst der Gesellschaft unmittelbare Beamte des Reiches bleiben. Alle Einkünfte, Verbesserungen usw. sollen daher auch in Zukunft im Rahmen des Reiches erfolgen. Die Gesellschaft gewährt die Zahlung der Besoldung, des Wartegeldes, des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenbezüge vor jeder anderen Verbindlichkeit. Durch die Dienst- und Personalvorschriften der Gesellschaft dürfen die bei der Gesellschaft Beschäftigten in ihren Rechts-, Sozial-, Besoldungs-, Dienstzeit- und Urlaubsverhältnissen nicht ungünstiger gestellt werden als die Reichsbeamten nach den für die Reichsbeamten geltenden Gesetzen und Verordnungen. Das Reich tritt für die aus dem Beamtenverhältnis sich ergebenden und nach dem Gesetz von der Gesellschaft übernommenen Verpflichtungen in jeder Hinsicht ein.

Die Pläne der württembergischen Regierung.

Stuttgart. Der neue württembergische Staatspräsident Böttliß gab gelegentlich einer Besprechung mit Vertretern der württembergischen Presse Einblick in die Pläne und Arbeiten der württembergischen Regierung. Er erklärte, daß die württembergische Regierung keine reaktionäre Regierung sein werde und daß Gefahr eines Umsturzes zur Vorbereitung eines Reichskrieges in Württemberg nicht bestehe. Wenn nicht durch neue europäische Verträge das Staatsbild Europas anders wird, so sei zu befürchten, daß eine Katastrophe von ungeahnter Furchtbarkeit über Europa kommen werde. Der Staatspräsident kündigte eine Veränderung der inneren Verwaltung durch Neuaufbau des württembergischen Rechts an.

Graf Westarp über einen neuen Bürgerblock.

Berlin. Graf Westarp erklärte in einer Unterredung mit einem japanischen Pressevertreter, daß eine Koalition des Bürgerblocks in absehbarer Zeit nicht nur möglich, sondern eine zwingende Notwendigkeit sein werde. Den in der ausländischen Presse erhobenen Vorwurf der Schen vor der Verantwortung wies Graf Westarp zurück. Wir (Dnat.) drängen uns gerade dazu, an der Verantwortung teilzunehmen und werden alles tun, was in unserer Macht steht, um an die Regierung zu kommen, weil wir überzeugt sind, daß hinter uns starke nationale Kräfte stehen und daß unsere Politik besser ist, als die bisher betriebene. Die Gründe, wenn eine Einigung bisher immer gescheitert ist, sind jedoch darin zu suchen, daß es den anderen Parteien an guten Willen gefehlt hat. Man verlange von uns unveränderte Fortsetzung der bisherigen Politik, statt eine Einigung über den kommenden Kurs zuzulassen. Eine

statte Ablehnung des Dawes-Gutachtens sei von den Deutschnationalen nie verlangt worden. Graf Westarp hält eine Verständigung mit Frankreich nach dem jahrhundertalten Lauf der Geschichte für nicht möglich. Sie sei ausgeschlossen, solange noch französische Soldaten auf deutschen Boden stehen.

Die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet.

Gelsenkirchen. Der letzte Schließspruch in der Metallindustrie hat die Unternehmer erneut vor große Schwierigkeiten gestellt. Die Belastung ist so stark, daß man allen Ernstes daran denkt, schon in der nächsten Zeit eine Reihe von kleineren Werken zu schließen. Es kommt hinzu, daß die Absatzschwierigkeiten immer größer werden und die bisherigen Abnehmer nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufträge ausrecht zu erhalten. Auch aus dem Ausland kommen Aufträge kaum herein. Nicht weniger gefährlich sieht es im Bergbau aus. Auch hier macht sich die Absatzkrise in außerordentlich starkem Maße bemerkbar. Während des fünfmonatigen Bergarbeiterstreiks ist die oberste englische und englische Kohle zu einem sehr gefährlichen Konkurrenzstand herangewachsen, und auch jetzt noch, nach Wiederaufnahme der Förderung, sind viele der früheren Kunden der Ruhrkohle der Konkurrenz treu geblieben. Der Ruhrbergbau, der noch immer gewonnen ist, die Lagen des Ricum-Vertrages auf sich zu nehmen, plant daher für die nächste Zeit, die südlichen Sechen des Ruhrgebietes stillzulegen, um für die nördlichen Sechen die Vertriebsmöglichkeit zu erhalten.

Übermals ein Eisenbahnunglück.

Elberfeld. Gestern morgen lief ein von Essen kommender Güterzug zwischen Walsdorfhausen und Mitterhausen auf eine Lokomotive und einen Packwagen, die beide ebenso wie die Lokomotive und der Packwagen des Güterzuges entgleisten. Drei Personen wurden schwer, acht leicht verletzt. Die Verletzten sind größtenteils Eisenbahner. Die Schwerverletzten sind in das städtische Krankenhaus übergeführt worden. Der Materialschaden ist erheblich. Der Betrieb auf der Strecke war etwa drei Stunden gesperrt.

Das schwere Straßenbahnunglück in Herlohn.

Herlohn. Das schwere Straßenbahnunglück in Herlohn hat nicht weniger als 19 Opfer durch Tod und ungefähr 40 durch zum Teil schwere Verletzungen gefordert. Das Unglück geschah dadurch, daß ein vollbeladener vierachsiger Wagen der Rheinisch-westfälischen Kleinbahn infolge Versagens der Bremsvorrichtung auf der abschüssigen Stelle vor Obertränne in ein rasendes Tempo geriet und an einer Kurve aus dem Geleise geschleudert wurde. Der Wagen rante gegen eine Gartenmauer, die er zertrümmerte und wurde dann durch Anprall an eine Buche, die ungenutzt wurde, selbst zertrümmert. Feuerwehr und Sanitätskolonne haben sich alsbald der Opfer an. Der größte Teil waren Mädchen und Frauen. Auch der Führer des Wagens, der weit vortageschleudert wurde, war sofort tot. Es scheint, daß der Wagenführer bei der rasenden Fahrt auch nicht mehr die Möglichkeit hatte, die elektrische Bremsvorrichtung anzuwenden.

Herlohn. Die Frage der Schuld an dem Herlohn Straßenbahnunglück ist noch völlig ungeklärt. Die Westfälische Kleinbahn-Gesellschaft in Herlohn ist gegenwärtig noch mit der Feststellung der Ursachen beschäftigt, die sich schwierig gestaltet, da der Führer des verunglückten Wagens selbst sein Leben eingebüßt hat. Allgemein wird angenommen, daß die Führung der Hochspannungsbühel während der Fahrt auf der abschüssigen Strecke vom elektrischen Leitungsdraht abprang, jedoch es dem Wagenführer nicht gelang, die elektrische Bremse in Tätigkeit zu setzen. Von den Anassen des Wagens — man spricht von 70 bis 80 Personen, meist weiblichen Angehörigen der Fa. Alsbere und Wasse & Detmann — konnte sich ein Knabe durch Abprung während der Fahrt retten. In die Kranenbühel von Letmathe, Sobentimburg und Herlohn sind nach den jüngsten Feststellungen 43 Verletzte eingeliefert worden. Einige von ihnen sind bereits ihren Verletzungen erlegen.

Berlin. Der Reichspräsident hat an den Bürgermeister der Stadt Herlohn folgendes Telegramm gerichtet: „Die Nachricht von dem furchtbaren Straßenbahnunglück in Herlohn erfüllt mich mit tiefer Trauer. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der bedauernswerten Opfer meine herzlichste Teilnahme auszusprechen und den zahlreichen Verletzten meine aufrichtigsten Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung zu übermitteln. Reichspräsident Ebert.“

Kommunistische Parteisekretäre vor Gericht.

Leipzig. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte gestern den Parteisekretär Alfred Feldner aus Breslau wegen Vorbereitung zum Hochverrat gemäß §§ 80, 85 des Strafgesetzbuches im Tateinheit mit dem Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu drei Jahren Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe und den Parteisekretäre Hans Witz aus Buer zu neun Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Jedem der Angeklagten werden sechs Monate der Untersuchungshaft als Verhaft auf die Strafe angerechnet. Die Verhandlung hat ergeben, daß die Angeklagten im Herbst 1923 die Ziele der Internationale unmittelbar in die Tat umsetzen wollten. Diese Bestrebungen haben sich nicht darauf beschränkt, eine Abwehr der Faschistebewegung herbeizuführen, sondern waren darauf gerichtet, die Herrschaft des Proletariats mit Gewalt aufzurichten. Zu diesem Zweck wurden Kundenschriften und Flugblätter unter den Arbeitern verbreitet, die zum Räufel auffoachten.